

# Demokratie und politische Bildung

Neue Zürcher Zeitung, 26.5.2025

## Gastkommentar

von HANSPETER AMSTUTZ

Die Absicht der Zürcher Bildungsdirektion, Pflichtstunden in Geschichte an Gymnasien zu streichen, ist im Kantonsrat auf breiten Widerstand gestossen. Nur ein attraktiver Geschichtsunterricht mit genügender Lektionenzahl schaffe eine solide geschichtlich-politische Grundbildung unserer Jugend. Eine Entwicklung wie in der Sekundarschule, wo die Schulabgänger nur noch über rudimentäre Kenntnisse der eigenen Landesgeschichte verfügen, dürfe nicht passieren. Geschichtsunterricht habe den Auftrag, den Schülern zu zeigen, welchen Weg wir in unserer Geschichte zurückgelegt haben. Jahreszahlen wie 1848 oder 1939 müssten lebendige Bilder hervorrufen und als Meilensteine einer geschichtlichen Orientierung dienen.

Unsere Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss gegenüber totalitären Tendenzen verteidigt werden und sich in einem respektvollen Umgang mit anderen Meinungen bewähren. Es gilt, diese Werte der Jugend zu vermitteln. Unumgänglich ist anschauliches Basiswissen, um Entwicklungslinien bis in die Gegenwart erkennen zu können. Was Wirtschaftspioniere, Arbeiterführer, Kämpferinnen fürs Frauenstimmrecht und eine politisch mitgestaltende Bevölkerung in unserem Land erreichten, ist eine atemraubende Geschichte. Doch diese Erfolgsstory droht in einem zurückgestutzten Geschichtsunterricht in Vergessenheit zu geraten.

Eine Verlagerung wesentlicher Bildungsinhalte in ein Fach wie Wirtschaftskunde oder in den Wahlbereich der Gymnasien ist ein kaschierter Abbau. Die Beschwichtigung der Zürcher Bildungsdirektorin, es gebe manche Themen von eminent politischer Bedeutung, die im Geografie- und Deutschunterricht behandelt würden, lenkt ab. So hat die Lektüre des Tagebuchs von Anne Frank schon seit Jahren in unzähligen Klassen einen sehr berührenden Zugang zum Grauen des Holocausts geschaffen. Themen wie Raumplanung, Immigration und Umweltschutz sind längst Teil eines modernen Geografieunterrichts.

Inhaltliche Überschneidungen zwischen den Fächern fördern vernetztes Denken und erweitern das politische Verständnis, aber sie können nicht als kompensatorische Neuerungen deklariert werden. Unmissverständlich ist festzuhalten, dass nicht nur Geschichte, sondern auch Geografie an Bedeutung verliert, wenn die Lektionenzahl in einem der beiden Fächer gekürzt wird.

Es gilt im Geschichtsunterricht der Gymnasien eine Abwärts Spirale wie in der Sekundarschule unbedingt zu verhindern. Dort hat das Fach Geschichte durch die Schaffung des Fächerkonglomerats Zeiten, Räume, Gesellschaften (RZG) und einen vorausgegangenen Lektionenabbau jede Strahlkraft verloren. Das Kombinationsfach ist ein profillos Gebilde, das weder in der Lehrerbildung noch in der Schulpraxis überzeugt. Die weit gefassten Kompetenzziele im Bereich RZG des neuen Lehrplans der Volksschule tönen grossartig, doch sie verleiten zu inhaltlicher Beliebigkeit. Aus der regierungsrätlichen Antwort war unschwer herauszulesen, dass die Bildungsdirektion nicht im Bild ist, was inhaltlich im Geschichtsunterricht der Sekundarschulen tatsächlich vermittelt wird. Da es schweizweit keinerlei vergleichende Überprüfungen der geschichtlichen Grundbildung gibt und das Interesse der EDK an der Praxis des Geschichtsunterrichts erschreckend gering ist, dürfte es in den meisten anderen Kantonen nicht viel besser aussehen.

Geschichte geht uns alle an. Die eindrückliche Debatte im Zürcher Kantonsrat über die Abbaupläne beim Fach Geschichte hat gezeigt, dass die Politik endlich hellhörig geworden ist. Unsere Demokratie ist auf eine politisch gut gebildete Jugend mit wachem Geist angewiesen. Die Mittelschulen sind vor einem Rückschritt zu bewahren, die Volksschule muss den Geschichtsunterricht zu grossen Teilen wieder neu aufbauen. Die Politik hat dafür zu sorgen, dass Geschichte an allen Schulen durch einen inhaltlich klaren Auftrag und durch faire Rahmenbedingungen gestärkt wird.